



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
liebe Freunde,

*im beginnenden Wahlkampf kämpft die SPD für soziale Demokratie, Sozialstaat und soziale Marktwirtschaft. Ich will in Karlsruhe das Direktmandat für die SPD zurückholen. Ich will mehr SPD für Karlsruhe, und Frank-Walter Steinmeier muss Kanzler werden.*

*Wir in Karlsruhe wissen, wie unverzichtbar moderne ökologische Industrieproduktion, Bildung und Wissenschaft sind. Deshalb: Priorität für Innovation, für Bildung und Betreuung, Priorität für Chancengleichheit und Gerechtigkeit.*

*Karlsruhe braucht trotz aller Fortschritte für Kinder aller Altersgruppen mehr Betreuungseinrichtungen, die der Lebenswirklichkeit – Arbeitszeiten, Alleinerziehende, Einkommen, Deutschkenntnisse – gerecht werden. Kinder und Beruf dürfen kein Gegensatz sein.*

*Auch im wirtschaftlich schwierigen Jahr 2009 setzt die SPD auf Forschung, Qualifikation und Sicherung von Arbeitsplätzen. Eine innovative und nachhaltige Wirtschaft braucht findige Unternehmerinnen und Unternehmer genauso wie qualifizierte und durch unser Arbeitsrecht geschützte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.*

*Und Deutschland braucht die Bürgerversicherung statt der Zwei-Klassen-Medizin. Ich will ein würdiges und selbstbestimmtes Leben für alle Karlsruherinnen und Karlsruher – unabhängig von Herkunft, Alter und Geldbeutel.*

*Ich wünsche Euch einen erholsamen Sommer und freue mich auf den Wahlkampf mit Euch. Gemeinsam schaffen wir 's!*

Beste Grüße

## Mission Direktmandat

Bundestagswahlkampf 2009 in Karlsruhe

Die SPD hat in der Regierungsverantwortung viele Dinge mitgetragen, die sie heute nicht mehr machen würde. So wie andere Parteien vorher auch. Das bringt die Regierungsverantwortung mit sich. Die Große Koalition bietet eine Menge Anlass zum Lamentieren: Dauerkompromiss und wichtige, aber auch schwierige Schlüsselministerien unter SPD-Führung. Die Ausrufung Steinmeiers zum Kanzlerkandidaten während der Führungskrise vor einem Jahr und sein damit verbundener Rollenwechsel vom – wie üblich und in diesem Fall völlig zu Recht hochangesehenen – Außenminister zum Kanzlerkandidaten bringt automatisch Sympathieverluste mit sich. Starke SPD-Minister und deren Erfolge – Steinbrück, Scholz, Gabriel u.a. – färben nicht direkt auf die SPD ab. Hier besteht drastischer Verbesserungsbedarf.

Die Ausgangslage der SPD ist alles andere als rosig. Aber auf die drängendsten gesellschaftlichen Fragen bietet die SPD Antworten. So wird das Papier von Frank-Walter Steinmeier, „Die Arbeit von morgen“

([www.frankwaltersteinmeier.de/aktuelles/meldungen/detail/090803\\_news.html](http://www.frankwaltersteinmeier.de/aktuelles/meldungen/detail/090803_news.html)), in seiner Qualität gerade erst entdeckt. Bis zum Wahltag muss es auf drei Botschaften verdichtet werden.

*Presse: „Auch unter der Kanzlerschaft Angela Merkels hat die SPD ihre Sache nicht schlecht gemacht. Sie hat weitreichende sozialpolitische Reformen eingeleitet, um den deutschen Sozialstaat unter schwieriger gewordenen internationalen Konkurrenzbedingungen stabil zu halten. Sie hat die Konsolidierungspolitik an führender Stelle verantwortet und den Kurs in der Wirtschafts- und Finanzkrise maßgeblich mitbestimmt. Dass die Auswirkungen der Krise bislang erstaunlich gut abgefedert wurden, ja, dass der Wahlkampf noch immer in sommerlich entspannter Atmosphäre stattfinden kann, daran haben die SPD-Minister Steinmeier, Steinbrück und Scholz ihren unbestreitbaren Anteil.“ (Die ZEIT, 9. Juli 2009)*

Fortsetzung auf Seite 2

Kundgebung mit  
**Frank-Walter Steinmeier**  
auf dem Marktplatz in  
**Karlsruhe am 1. September 2009**  
um 17:30 Uhr



### AUSDEMINHALT

Der Weg zum Direktmandat .....	2
Erfolg: Heroin auf Rezept .....	4
Rede zu den Wahlen im Iran .....	4
Bilanz des BND-Ausschusses .....	6
Durchbruch bei Patientenverfügung .....	7
Mehr Barrierefreiheit auf dem Hbf .....	8

Fortsetzung von Seite 1

Laut den Umfragewerten stehen wir genauso schlecht da wie 2005, aber die CDU/CSU ist im Vergleich zu 2005 mit einem Minus von zehn Prozentpunkten ebenso in einer miesen Lage. Im Juli 2005 war die Stimmung absolut im Keller; in Meinungsumfragen stagnierte die SPD bei weit unter 30%. Erst zwei Wochen vor den Wahlen kam Bewegung in die Sache, und am Wahlwochenende haben sich 25% der Wähler entschieden, im Osten waren es 30%. Auch 2009 wird die Quote der SpätscheiderInnen mindestens genauso hoch sein wie 2005.

Eine große Anzahl der Wählerinnen und Wähler sieht in der SPD „ihre“ Partei, wartet derzeit aber noch ab. Diese Wählerinnen und Wähler gehen nicht zu anderen Parteien. Sie schwanken zwischen der Wahl der SPD oder der Wahlenthaltung. Unter anderem gilt es, diese Wählerinnen und Wähler in einer Schlussmobilisierung zu gewinnen.

### Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Krise verlangt einen Neustart. Hier erwarten die Wählerinnen und Wähler Antworten – gerade und besonders von der SPD. Das bedeutet aber nicht, dass sie Programme der Parteien wollen. Programme werden eher als technisch empfunden, zu lang und zu kompliziert, für Fachleute geschrieben. Von der SPD wird ein Zukunftsentwurf erwartet, einfache Antworten auf Fragen nach Bildung, Familie, Generationengerechtigkeit und nachhaltiger Umwelt- und Energiepolitik. Die SPD muss klar machen, wie sie sich unser zukünftiges Finanz- und Wirtschaftssystem im Unterschied zu den Konservativen vorstellt. Steinbrück und Scholz bilden ein respektiertes Duo des Krisenmanagements. Kompetenz und Klarheit in Finanzsachen plus Kurzarbeitergeld verschaffen uns Pluspunkte. Die SPD muss mehr bieten als kurzfristige Notbehelfe. Die Menschen wollen Sicherheit und Perspektive. Der Markt braucht Regeln, Grenzen und Gesetze. Unsere Gesellschaft braucht Innovation, Energieeffizienz, ökologische Industrie und Bildung. Aber: Wir dürfen nicht „überreizen“, da wir vier Jahre gemeinsame Politik mit der CDU gemacht haben.

Presse: „Die Öffentlichkeit fordert von der Sozialdemokratie den ideellen Überschuss einer wegweisenden Politik. Die Partei soll nicht nur Probleme lösen, sie soll Orientierung geben und Perspektiven eröffnen. Deshalb landen die gesellschaft-

## Wahlkampf in Karlsruhe

### Der Weg zum Direktmandat

Die Ausgangslage 2005 war denkbar schwierig: Es gab vorgezogene Neuwahlen und die normalerweise einjährige Vorbereitungszeit fehlte komplett. Dennoch gab es für die SPD kaum Verluste bei den Erststimmen, während die CDU der FDP ihr Direktmandat verdankte, da deren Erststimmen von 14 auf vier Prozent gesunken waren. Die damalige Differenz von rund 2.500 Erststimmen zwischen CDU und SPD ist einholbar. Johannes hat die vergangenen vier Jahre genutzt, um in der Öffentlichkeit als seriöser, kompetenter und freundlicher Mensch zu wirken. Die FDP hat diesmal einen Kandidaten, der nicht völlig abschmieren darf – schließlich ist er Kreisvorsitzender und Stadtrat. Bei durchschnittlichem FDP-Erststimmenergebnis und akzeptabler SPD-Gesamtform ist das CDU-Direktmandat extrem gefährdet – die CDU weiß das und ist

nervös. Das Kommunal- und Europaergebnis trifft sie objektiv erheblich härter als uns und macht sie nicht mutiger. Listenplatz 19 wird ziehen, aber wir haben den Ehrgeiz fürs Direktmandat.

Karlsruhe ist weder Meck-Pomm noch Dortmund-Mitte. Wir sind eine der reichsten, innovations- und wirtschaftsstärksten Regionen der EU und damit der Welt insgesamt. Hier sind – trotz aller Ungewissheit und Verunsicherung – eher die Gewinner der Globalisierung zuhause. Freilich gibt es auch bei uns Kinderarmut, Ausbeutung durch kriminelle Leiharbeit und prekäre Lebensverhältnisse. Die linke Volkspartei SPD orientiert sich weiterhin am Gemeinwohl. Deshalb ist Johannes aus voller Überzeugung in beiden Bereichen unterwegs – AWO und KIT, Ge-

Fortsetzung auf Seite 3

lichen und politischen Zukunftsfragen immer zuerst bei der SPD. Von ihr erwartet man Auskunft darüber, wie gerecht es künftig unter den Bedingungen der Globalisierung zugehen sollte oder wie unsere Wachstums- und Wohlstandserwartungen mit den ökologischen Zwängen zu vereinbaren seien. Wenn sie die Antwort schuldig bleibt und stattdessen auch nur, wie alle anderen, »auf Sicht« fährt, schlägt die Enttäuschung leicht in Häme um.“ (Die ZEIT, 9. Juli 2009)

### Sozialdemokratische Wahrheiten

Gleichzeitig sollten wir den Wählerinnen und Wählern Fragen stellen, denen sie eigentlich nur zustimmen können und die „einfache Wahrheiten“ entlang unseres sozialdemokratischen Wertesystems transportieren:

- Ist es richtig, dass Studenten Studiengebühren zahlen müssen, auch wenn es die Kinder aus Arbeitnehmerfamilien vom Studium abhält? Richtig? Falsch?  
> Wenn das falsch ist: SPD wählen.
- Ist es richtig, dass Frauen für die gleiche Arbeit auch das gleiche verdienen müssen wie Männer? Richtig? Falsch?  
> Wenn das richtig ist: SPD wählen.
- Ist es richtig, dass man auch in Zukunft Atomkraftwerke baut, obwohl niemand eine Lösung für den radioaktiven Abfall

hat? Richtig? Falsch?

> Wenn das falsch ist: SPD wählen.

- Ist es richtig, dass ein Manager das 500-fache eines Angestellten verdient? Richtig? Falsch?

> Wenn das falsch ist: SPD wählen.

- Ist es richtig, dass ein Mensch mit 8 Stunden Arbeit am Tag seinen Lebensunterhalt nicht verdienen kann? Richtig? Falsch?

> Wenn das falsch ist: SPD wählen.

- Ist es richtig, dass Arbeitnehmer vor willkürlichen Entlassungen geschützt werden? Richtig? Falsch?

> Wenn das richtig ist: SPD wählen.

- Ist es richtig, dass wir im Auftrag der Vereinten Nationen in Afghanistan sind, um das Land wiederaufzubauen, Schulen zu errichten und für bessere Lebensbedingungen zu sorgen? Richtig? Falsch?

> Wenn das richtig ist: SPD wählen.

- Ist es richtig, Kinder im Alter von 11 Jahren in der Schule zu trennen und damit ihre Berufs- und Zukunftschancen festzulegen? Richtig? Falsch?

> Wenn das falsch ist: SPD wählen.

Mit unseren eigenen Werten können wir gewinnen. Der sozialdemokratische Gedanke ist in Deutschland dominierend. Die Prinzipien unserer Partei sind richtig.

## Jung bei Preisverleihung an Karlsruher Schülerinnen

„Unsere Gesellschaft braucht junge Menschen, die sich für Demokratie, Toleranz und Freiheitsrechte stark machen.“

Leonie Schulze (16) und Tatjana Daum (17), Schülerinnen des Karlsruher Fichte-Gymnasiums, wurden gestern Abend in Berlin im Beisein des Karlsruher Bundestagsabgeordneten Johannes Jung, mit dem 2. Preis des Victor-Klemperer-Jugendwettbewerbs ausgezeichnet. Der Wettbewerb wird vom Bündnis für Demokratie und Toleranz, der Dresdner Bank und dem ZDF ausgerichtet. Er dient dem Ziel, dass sich junge Menschen zwischen 12 und 20 Jahren kreativ mit den Themen Demokratie und Toleranz so auseinandersetzen, dass es auch andere Jugendliche verstehen. Dies ist den beiden jungen Karlsruherinnen gelungen.

Unter dem diesjährigen Motto „Mischen! 60 Jahre Grundgesetz“ gewannen sie mit ihrer Jugendzeitschrift zum Geburtstag des Grundgesetzes den 2. Platz. Er ist nicht nur begeistert von ihrem Einfallsreichtum: „Unsere Gesellschaft braucht junge Menschen, die sich für elementare Werte wie Demokratie, Toleranz und Freiheitsrechte stark machen und das darüber hinaus auch noch anderen Gleichaltrigen vermitteln können.“

Für ihren weiteren Lebensweg – Tatjana möchte Sozialpädagogik, Leonie „etwas in

Richtung Maschinenbau“ studieren – wünscht ihnen Johannes Jung, dass sie ihre Gabe, Mitmenschen für so fundamentale Errungenschaften wie das Grundgesetz zu

begeistern, weiterhin einsetzen: „Mischt mit und bleibt so engagiert.“

Pressemitteilung vom 18. Juni 2009



Tatjana Daum, Leonie Schulze und Johannes Jung (von links) nach der Preisverleihung.

### Fortsetzung von Seite 2

werkschaft und IHK, Tafel und Galerie. Wir dürfen über das Halten der traditionellen Klientel die neue Klientel, die wir auch gewinnen müssen, um Erfolg zu haben, nicht vergessen. Neubürgern gilt unser besonderes Augenmerk. Wir organisieren seit Jahren selbst Veranstaltungen zu Migration und Integration. Darüber hinaus ist Johannes bei diversen migrationspolitischen Vereinen und Zentren ständig hilfreich präsent.

### „Politik braucht Straße“

Der echte Wahlkampf startet Ende August. Derzeit heißt es „Gesicht zeigen“ bei allen passenden Gelegenheiten, öffentlichen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen. Die Sympathieplakate „In unserer Mitte ist noch Platz“ zielen auf diejenigen, die sagen: „Die SPD wird doch gebraucht, die muss wieder auf die Beine kommen, die will ich unterstützen.“ Der Bekanntheitsgrad von

Johannes darf trotz vierjähriger Mandatszeit nicht überschätzt werden. Deshalb: Auf der Straße präsent sein. Eine Handvoll Plätze in den Stadtteilen, in denen wir unsere Leute gezielt mobilisieren wollen, bieten sich für kleine Kundgebungen und kreativen Strassenwahlkampf an. Dort, wo die Menschen sind, möchte Johannes sie ansprechen. Das bedeutet: Kreativer Materialeinsatz und weniger „traditionelle“ Infostände. Diese können aber z.B. als „AnsprechBar“ mit roten Getränken u.a. den Kontakt zu den Menschen erleichtern. Bis auf eine grosse Kundgebung gibt es keine klassischen Parteiveranstaltungen am Abend, sondern Zielgruppenaktionen und -veranstaltungen tagsüber. Sie sind thematisch gezielt ausgesucht und werden durch Prominenz von außen aufgepeppt.

### Auf in die Nachbarschaft

Wir planen Hausbesuche in ausgewählten Bezirken in Begleitung von StadträtInnen und Multiplikatoren sowie Nachbarschaft-

streffe, Grillabende und Gartenpartys. Bitte informiert das Wahlkreisbüro über solche Gelegenheiten und seid „Türöffner“ für Johannes. Er kommt je nach Terminlage auch kurzfristig und gegebenenfalls samt Familie. Diese Veranstaltungen lohnen sich wirklich und machen Spaß.

### Online und offline verbinden

Es wird einen modernen und effizienten Onlinewahlkampf geben, um das, was auf der Straße passiert auch im Netz stattfinden zu lassen. Johannes findet Ihr bei facebook unter [www.facebook.com/johannes.jung](http://www.facebook.com/johannes.jung) und bei wer-kennt-wen unter [www.wer-kennt-wen.de/person/q5hp5v1w](http://www.wer-kennt-wen.de/person/q5hp5v1w).

Immer mehr Menschen entscheiden immer später, ob sie wählen und wen sie wählen – mittlerweile wenige Tage vor der Wahl und noch am Wahltag selbst. Wir werden wir für diese SpätscheiderInnen Spezialangebote bieten. Der Wahlkampf endet erst Sonntag um 18.00 Uhr. Ideen sind immer willkommen!

Rede von Johannes Jung am 17. Juni 2009 im Deutschen Bundestag zu den Wahlen in Iran

## Iran - Staat, nicht Gesellschaft ist isoliert

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns bei der Bewertung von Wahlen mittlerweile den OSZE-Jargon angewöhnt: Free and fair oder eben nicht free and fair. Die alarmierenden Berichte über Manipulationen und Fälschungen bei der Wahl im Iran häufen sich, und die Vorwürfe erhärten sich. Ahmadinedschad lag – das wissen wir nicht genau, aber es lässt sich aufgrund der Informationen, die uns vorliegen, doch ein Stück weit berechnen – in der ersten Runde dieser Wahl möglicherweise vorne, aber ganz sicher lag er nicht bei über 50 Prozent. Alles Weitere wäre dann offen gewesen. Das ist aber zum Teil Spekulation.

Die Manipulationen und die Proteste gegen diese Manipulationen sind ein dramatischer Anlass, um hier und heute über Iran jenseits der Nutzung von Nuklearenergie zu debattieren. Iran ist ein gespaltenes Land: modern und archaisch, weltgewandt und abgeschottet, vom Westen fasziniert und vom Westen unter Druck gesetzt. Vor allem ist der Iran aber eine Theokratie, die massive Technologieprobleme hat. Das führte vor allem dazu, dass der Rohölexporteur Iran heutzutage Benzin importieren muss und die Regierung keine Möglichkeit mehr hat, die Lebensbedingungen der eigenen Bevölkerung zu verbessern.

### Auftritte von Ahmadinedschad verfangen nicht mehr

Die Auftritte von Ahmadinedschad in der Windjacke der kleinen Leute verfangen nicht mehr, weil diese Imitation durchschaut wurde. Auch die Wahlgeschenke seiner Regierung verfangen nicht mehr. Der Crashkurs in der Innen-, der Wirtschafts- und der Außenpolitik zeigt Wirkung gegen den bisherigen Präsidenten. Allerdings ist unsere Wahrnehmung vermittelt der Diaspora, der Exilanten und der Oppositionellen über die Lage im Iran häufig einseitig, und unsere Prognosen sind oft Wunschdenken in Richtung eines Systemwechsels.

Hinter den Fassaden lauert ein kompliziertes Herrschaftssystem, das ausschließlich vom Regime lizenzierte Kandidaten zu dieser Wahl zugelassen hat – dazu gehört auch Mussawi –, die verschiedene Fraktionen des Gottesstaates repräsentieren und

allenfalls zu Veränderungen innerhalb dieses Systems bereit sind, was allerdings schon große Fortschritte bedeuten könnte. Das müssen wir bedenken, wenn wir über die möglichen Sieger und Verlierer dieser sogenannten Wahl sprechen.

Wir alle verfolgen mit großer Spannung die aktuellen Meldungen aus Iran. In diesen Tagen wird sich zeigen, ob der Druck der Bürgerinnen und Bürger groß genug wird, um die Theokraten zu weiteren Zugeständnissen zu zwingen, um sie wenigstens dazu zu zwingen, im Sinne des eigenen Machterhalts pragmatisch zu reagieren, das heißt eine Überprüfung dieser Wahl und eventuell mehr Freiheit und Menschenrechte zuzulassen.

### Solidarität gilt Menschen in Iran

Unsere Sympathie und unsere Solidarität sind auf der Seite derjenigen, die nun die Macht der Machthaber und deren Legitimation mutig infrage stellen und dazu ihren eigenen Kopf im eigenen Land hinhalten. Unsere Aufgabe muss es sein, den Schutz der Menschenrechte auch in dieser teils eskalierenden Lage einzufordern. Im Iran sind Menschenrechte, Freiheitsrechte, Versammlungsfreiheit sowie Pressefreiheit permanent und nicht erst seit diesem Wahltag gefährdet. Die schon erwähnten Steinigungen und das öffentliche Hängen sind der hässlichste Ausdruck dieser Zwangslage.

Zur Lage der Minderheiten im Iran haben wir vor kurzem eine Anhörung im Menschenrechtsausschuss durchgeführt. Die Lage der Minderheiten wird nicht besser, wenn die politische Lage der Mehrheiten

so ist, wie sie sich in diesen Tagen offenbart. Deshalb fordern wir die sofortige Freilassung der Inhaftierten, die Untersuchung der Todesfälle bei den Protesten und die Überprüfung dieser Wahl. Freie Berichterstattung muss zugelassen werden. Das ist aus meiner Sicht fast die dringendste Forderung an diesem Tag. Bei Totalmanipulation müssten wir eigentlich Neuwahlen fordern.

### Neue Technologien ermöglichen Kontakte weltweit

Ein Regime, das sich bedroht sieht, wählt oft die Eskalation nach innen und nach außen. Das Regime will mit allen Mitteln Informationen und Opposition unterdrücken. Eine klare Strategie der Repression tritt hier zutage, die Iran möglicherweise in noch mehr Brutalität, in noch tiefere innere Gegensätze und in weitere Isolation führen wird. Entscheidend aber ist: Der Staat, nicht die Gesellschaft ist isoliert, und zwar auch dank moderner Technologie, die sich eben doch nicht einfach abschalten lässt. In meinem Büro und wahrscheinlich auch in Ihren Büros besteht auch am heutigen Tag ein Kontakt in dieses Land. Das ist die realistische Hoffnung für Iran. Hier müssen wir politisch weiterarbeiten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns klug und bestimmt dazu beitragen, dass wir in zehn Jahren den Jahrestag einer Wende zum Besseren und nicht den Gedenktag einer blutig niedergeschlagenen Bürgerbewegung in Iran begehen werden. Vielen Dank.

Rede vom 17. Juni 2009

Vollständiger Text: <http://jung-fuer-karlsruhe.de/>

### Endlich Erfolg: Heroin auf Rezept für Schwerstabhängige

Schwerstabhängige können künftig künstliches Heroin auf Rezept erhalten. Nach jahrelangem Streit beschloss der Bundestag in freier Abstimmung mehrheitlich einen von der SPD initiierten Antrag: der Entwurf erhielt 349 Ja-Stimmen, bei 198 Gegenstimmen und drei Enthaltungen.

Der Karlsruher SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Jung, der selbst schon 2007 einen Gesetzesentwurf eingebracht hatte, zeigt sich erleichtert. Jung bedankt sich

ausdrücklich bei SPD-Fraktionschef Peter Struck, der von Beginn an das notwendige Hilfsprogramm ernst genommen und bei Gesprächen mit Volker Kauder, dem Fraktionschef der CDU/CSU, immer wieder thematisiert habe. Als klar war, dass mit der Union nichts zu machen sei, habe Struck die Abstimmung schließlich frei gegeben. Diese sei nun mit überdeutlicher Mehrheit im Bundestagsplenum von Erfolg getragen.

Pressemitteilung vom 28. Mai 2009

# Die Welt braucht mehr sozialdemokratisches Engagement

Artikel von Johannes Jung in „Kontra“ - das Magazin der Jusos Baden-Württemberg

In weiten Teilen unserer Gesellschaft, unserer Medien und unserer Partei wird internationales Engagement oft von vornherein als verfassungswidrig und moralisch bedenklich diskreditiert. Unsere Geschichte würde Deutschland zu einer beschränkten internationalen Politik verpflichten. Diese Scheinmoral steht einer verantwortungsbewussten Außen- und Sicherheitspolitik entgegen, zu der wir Sozialdemokraten uns klar bekennen sollten.

## Selbstbewusste Außen- und Sicherheitspolitik

Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik hat den Anspruch, moralische Prinzipien, völkerrechtliche Verpflichtungen, eigene Interessen und den realistischen Blick auf die eigenen Kapazitäten miteinander zu verknüpfen. Eine nur auf nationale Sicherheit orientierte Politik haben wir stets abgelehnt und der Einbettung deutscher Interessen in multilaterale Institutionen immer Priorität eingeräumt. Als Sozialdemokraten sind wir fest davon überzeugt, dass in einer sich globalisierenden Welt nationale Sicherheit nur durch die Stärkung internationalen Rechts, supranationaler Institutionen und multilateraler Ordnung garantiert werden kann. Dafür braucht es Partner und den Willen zum eigenen Engagement.

Ein fester Bestandteil unserer Politik ist die transatlantische Zusammenarbeit. Mit dem neuen US-Präsidenten Barack Obama ist die Chance für eine Erneuerung unserer Beziehungen zu den USA so gut wie lange nicht mehr. „Achse des Bösen“, „Koalition der Willigen“, „extraordinary renditions“, „Guantanamo“ und „Kreuzzüge“ – diese Schlagworte sollen der Vergangenheit angehören. Damit verbunden ist der Wunsch nach einer besseren Welt. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir ein starkes und verantwortungsvolles Amerika, aber auch ein selbstbewusstes Europa. Seit Jahrzehnten sind Europa und das transatlantische Bündnis Grundpfeiler unserer internationalen Politik und die Ausgangspunkte für unsere Antworten auf die neuen Herausforderungen in der Welt.

Deutschland muss Akzente setzen: bei der Rolle der Staaten Osteuropas sowie Russlands in Sachen Demokratisierung und

Zusammenarbeit in EU und NATO; beim zivilen Aufbau im Irak; bei der Polizeiausbildung in Afghanistan und der Stabilisierung Pakistans; bei der Eindämmung Irans; bei der energiepolitischen Zusammenarbeit mit Nordafrika und Zentralasien; und letztlich auch beim Schlüsselkonflikt zwischen Israel und Palästina. Außenminister Frank-Walter Steinmeier geht den richtigen Weg, indem er auf die Einbeziehung jeweils relevanter Nachbarn setzt: Ukraine/Belarus, Syrien oder Pakistan. Diese Strategie könnte die Entspannungspolitik des 21. Jahrhunderts sein. In der Debatte um eine kernwaffenfreie Welt gehört der sozialdemokratische Außenminister zu den weltweit führenden Akteuren – er hat den sprichwörtlichen Kompass Richtung Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung.

## Was will und kann Deutschland leisten?

Viel wichtiger als die Frage der Erweiterung ist die Frage nach der strategischen Neuausrichtung des transatlantischen Bündnisses. Es lohnt deshalb, sich einer Kernfrage der NATO zuzuwenden: dem Verhältnis zu Russland. Wir Sozialdemokraten plä-

dieren für einen Raum der gemeinsamen Sicherheit, in dem die NATO gemeinsam mit Russland in Zukunft vertrauensvoll kooperieren kann. Hier kann Deutschland als kenntnisreicher und respektierter Nachbar, der die multiple Persönlichkeit Russland – Transformationsstaat, Atommacht, Ressourcengigant – einbindet, Demokratisierung, Entspannung und Energieaußenpolitik zum Nutzen aller Menschen in Eurasien kombinieren.

## Geistige Haltung globalisieren

Wer nicht will, dass diese Welt Diktaturen überlassen wird, sondern an der Gestaltung einer gerechten internationalen Politik mitwirken will, in der demokratische Staaten Standards setzen, muss deutsche und europäische Interessen für eine friedliche Entwicklung der Welt benennen und organisieren. Europa und Deutschland müssen ihre Politik und geistige Haltung globalisieren.

*Artikel Kontra - Ausgabe Juli 2009*

*Originaltitel: „Warum die Welt mehr sozialdemokratisches Engagement braucht“*

## Johannes Jung empfängt zahlreiche Besuchergruppen in Berlin

Im Laufe der vergangenen Legislaturperiode hat Johannes Jung, MdB, zahlreiche Besuchergruppen aus seinem Wahlkreis Karlsruhe in Berlin empfangen. So auch die Schüler des Hector-Seminars zur Förderung

hochbegabter Schüler am 14. Mai 2009. Bei Interesse an einem Gruppen-Besuch im Deutschen Bundestag, wenden Sie sich bitte an das Berliner Büro.

*Wahlkreisbüro Karlsruhe*



## Jung zieht Bilanz

**Bessere Kontrolle der Geheimdienste**

Zum Ende der Legislaturperiode stellt auch der BND-Untersuchungsausschuss seine Arbeit ein. Heute findet im Plenum des Bundestages die abschließende Debatte statt. Der Karlsruher Bundestagsabgeordnete Johannes Jung ist eines von vier SPD-Mitgliedern des Untersuchungsausschusses. „Das waren drei lehrreiche Jahre. Nach über 120 Sitzungen und endlosen Zeugenvernehmungen muss ich feststellen: Ein Jahr hätte gereicht. Aber leider können sich einige Abgeordnete menschliches Leben ohne Untersuchungsausschuss nicht vorstellen, so dass der Selbstzweck im Ausschuss überhand genommen hat“, so Johannes Jung.

### Schlechtes Gewissen der CDU

Substantiell sei von den Vorwürfen an die rot-grüne Bundesregierung nichts übrig geblieben. Einige Bewertungen aus den Reihen der CDU/CSU seien stark vom schlechten Gewissen über deren seinerzeitige Forderung nach Beteiligung am Irakkrieg gefärbt. Es sei vor allem der Arbeit der Staatsanwaltschaft in München und ihrer Kollegen in Italien und Spanien zu verdanken, dass Licht ins Dunkel der illegalen Verschleppungen, der so genannten „extraordinary renditions“ gebracht worden ist.

Johannes Jung: „Es gilt weiterhin, was ich zu Beginn der Arbeit des Ausschusses festgestellt hatte: Die unglaubliche Praxis der „extraordinary renditions“ der USA ist mit Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbar und muss sofort beendet werden. Auch im Kampf gegen den Terror müssen wir unsere demokratische und aufgeklärte Lebensweise mit rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen“.

Ein bleibender Erfolg der Ausschussarbeit ist das neue Gesetz zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste. Dass die Ausschussarbeit immer weiter aus dem Blickwinkel der Öffentlichkeit geriet und Interesse nur noch bei top-prominenten Zeugen zu wecken war, liege an der völlig sensationsbesessenen Öffentlichkeitsarbeit der Opposition. Darunter habe die Seriosität der Ausschussarbeit von Anfang stark gelitten.

*Pressemitteilung vom 2. Juli 2009*

## Mit CDU bestenfalls Abzug aus Irak

**Rede von Johannes Jung in der abschließenden Plenardebatte zum BND-Ausschuss**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich sehr genau an den Tag erinnern, an dem ich – damals noch nicht Mitglied des Deutschen Bundestages – als langjähriger Abonnent der Süddeutschen Zeitung auf Seite 3 einen der ersten Berichte über die Entführung des deutschen Staatsbürgers el-Masri gelesen habe. Ich hätte mir damals nicht träumen lassen, dass mir als Mitglied eines solchen Untersuchungsausschusses einmal das Opfer dieser Entführung leibhaftig gegenübersteht und ich die Gelegenheit habe, mit diesem Herrn, mit diesem Landsmann über diesen unglaublichen Vorgang zu sprechen und zu versuchen, etwas Licht ins Dunkel zu bringen.

Wir sollten im Rahmen dieser Debatte auch einmal feststellen, dass es weniger die Mitglieder des Deutschen Bundestages waren, die Licht ins Dunkel gebracht haben, als vielmehr die unnachlässig arbeitenden Damen und Herren der Staatsanwaltschaft München. Das sind für mich die wenigen Lichtblicke der dreijährigen Arbeit dieses Untersuchungsausschusses. Deshalb ist es angemessen, ihnen im Rahmen dieser Debatte dafür Respekt und der Anerkennung auszusprechen. Wer zu Recht bemängelt, dass im sogenannten Kampf gegen den Terror die Rechtsstaatlichkeit beachtet werden muss – sie hat durch staatliches Handeln allzu oft gelitten –, der muss froh sein, dass es aufseiten der dritten Gewalt noch einige gibt – ich hoffe, es gibt sie zuhauf –, die das Maß nicht verlieren.

### Gute Arbeit der Staatsanwaltschaft

Im krassen Gegensatz dazu stand nach meinem Empfinden – ich habe das seinerzeit zum Ausdruck gebracht – der Auftritt des Vertreters der Bundesanwaltschaft, als es um die Causa Mannheim, die Coleman Barracks, ging. (...) Die Gelegenheit wurde nicht genutzt, sich verständlich zu machen. Dann wären wir auf die durchaus interessanten Themen zu sprechen gekommen: Welche internationalen Vertragsverpflichtungen haben wir? Sind sie noch angemessen? Ich glaube, dann hätten wir die Chance gehabt, eine andere politische Diskussion zu führen.

Als Außenpolitiker haben sich mir noch ein paar andere Fragen gestellt. Wie ist es zum Beispiel um die Souveränität eines klei-

nen und phasenweise instabilen Landes wie Mazedonien bestellt, das offenkundig durch einen mächtigen Verbündeten dermaßen unter Druck gesetzt werden kann, dass die rechtsstaatliche Entwicklung in diesem Land erhebliche Rückschläge erleidet, und das zulasten eines ausländischen, eines deutschen Staatsbürgers?

### Taktieren hat Überhand gewonnen

Nun muss ich aber sagen, dass das große Taktieren in diesem Untersuchungsausschuss überhandgenommen hat. Hier spricht das schlechte Gewissen wegen der Debatte in der eigenen Partei seinerzeit – das gilt übrigens teilweise auch für die FDP –, wie man es mit der Loyalität zur Bush-Administration und der Frage „Krieg oder Frieden im Irak?“ halten soll. Am heutigen Tag, an dem die US-Truppen langsam, aber sicher abziehen, muss ich feststellen: Mit Ihnen damals in der Regierung würden wir bestenfalls in diesen Tagen aus dem Irak abziehen. Die rot-grüne Regierungskoalition hat damals dafür gesorgt, dass wir uns dort nicht engagieren. Wenn ich höre, wie einige über die Brillanz und die Effizienz der beiden BND-Beamten in Bagdad reden, muss ich annehmen: Wenn es doppelt so viele gewesen wären, dann hätten wir auch die Ölfelder in Kirkuk besetzt.

Wer wie die beiden BND-Beamten in Bagdad stationiert ist, weiß nicht, was tatsächlich passieren wird und kommt unweigerlich in eine gewissensmäßig sehr diffizile Situation: Leite ich das, was ich weiß, komplett oder nur dosiert weiter? Die einzige Entlastung, die wir anbieten konnten, war, dass – richtigerweise – nur nach Pullach weitergeleitet wurde. Automatisch entsteht eine diffizile Situation: Was mache ich mit den Informationen, die selbstverständlich kriegsverkürzend sein können, die Opfer vermeiden helfen können? Da auch diese Frage gestellt und beantwortet werden musste, haben wir zumindest dafür gesorgt, dass nur nach Pullach gemeldet wurde und die beiden BND-Beamten in Bagdad in dieser Sache nichts selbst entscheiden mussten.

*Rede im Bundestag vom 2. Juli 2009*

*Vollständiger Text: <http://jung-fuer-karlsruhe.de/>*

## Durchbruch bei Patientenverfügung

Endlich wird der Wille schwerkranker Menschen durchgesetzt

Am 18. Juni 2009 hat der Deutsche Bundestag den auch von mir unterstützten Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts (BT-Drs. 16/8442) mit überzeugender Mehrheit verabschiedet. Der fraktionsübergreifende Gesetzentwurf, der von SPD, FDP, Linken und Grünen getragen wird, erkennt dem Patienten unabhängig von Art und Stadium seiner Krankheit das Recht zu, über Einleitung und Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen selbst zu entscheiden.

Nach sechsjährigen intensiven Diskussionen über die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Patient vorab verbindlich festlegen kann, ob im Falle seiner späteren Einwilligungsunfähigkeit lebenserhaltende Maßnahmen durchgeführt werden, hat der Gesetzgeber dies nun endlich im Sinne einer am Patientenwillen orientierten Regelung entschieden. Endlich müssen auch Mediziner keine Angst davor haben, im Sinne ihrer todkranken Patienten zu handeln.

Nach dem gestern verabschiedeten Entwurf ist der sicher festgestellte Patientenwille für den Arzt bindend. Zuvor muss der Betreuer jedoch prüfen, ob der Patient in der Patientenverfügung Festlegungen gerade für die Lebens- und Behandlungssituation getroffen hat, über die dann zu entscheiden ist.

### Festgestellter Patientenwille für Arzt bindend

Kommen Betreuer und Arzt hier zu unterschiedlichen Einschätzungen, so muss das Vormundschaftsgericht eingeschaltet werden. Jeder kann eine Überprüfung durch das Vormundschaftsgericht anregen, wenn er befürchtet, dass der Betreuer oder Bevollmächtigte nicht im Sinne des Betroffenen entscheiden will. Die Patientenverfügung kann jederzeit formlos widerrufen werden. Eine vorhergehende Beratung und eine in Abständen erfolgende Aktualisierung werden empfohlen. Dies ist jedoch keine Wirksamkeitsvoraussetzung.

Der konkurrierende Gesetzentwurf von Wolfgang Bosbach u.a. (BT-Drs. 16/11360) wollte das Selbstbestimmungsrecht des Patienten nur bei Einhaltung strengster Formanforderungen respektieren. Der dritte Entwurf (BT-Drs. 16/11493), initiiert von dem CSU-Fraktionsvorsitzenden, Wolfgang Zöllner, unterschied sich in seiner ursprünglichen Fassung nur geringfügig von unserem Entwurf. Es hätte also nahegelegen, sich auf ein gemeinsames Konzept zu verständigen. Stattdessen ergänzte die Gruppe um Wolfgang Zöllner ihren ursprünglich liberalen Entwurf um eine Regelung, nach der der Patient sich vor Abfassung einer Patientenverfügung ärztlich beraten lassen soll. Dies ist eine Regelung mit katastrophalen Folgen: Die Wirksamkeit mehrerer Millionen bereits existierender Patientenverfügungen hätte damit in Frage gestanden. Der Gesetzentwurf wird am 10. Juli den Bundesrat passieren und soll am 1. September 2009 in Kraft treten.

Pressemitteilung vom 19. Juni 2009

## Bürointern: Judita Kanjo, IPS-Stipendiatin im Berliner Abgeordnetenbüro, stellt sich vor

Mein Name ist Judita Kanjo, ich komme aus Serbien und habe von März bis Ende Juli diesen Jahres ein Praktikum im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) im Abgeordnetenbüro von Johannes Jung in Berlin absolviert. Zuvor habe ich meinen Abschluss in Germanistik und Deutsch als Fremdsprache gemacht. Auf letzterem Gebiet promoviere ich demnächst an der Pädagogischen Hochschule (PH) Karlsruhe.

Das Internationale Parlaments-Stipendium bietet jedes Jahr etwa 120 hochqualifizierten jungen Menschen aus derzeit 27 Ländern die Möglichkeit, die deutsche Demokratie hautnah mit zu erleben. Im Zentrum des Praktikums steht die Arbeit im Büro eines Bundestagsabgeordneten, außerdem gehören Reisen zu politischen Stiftungen und Lehrveranstaltungen an den Berliner Universitäten zum Programm. Ziel des IPS ist es, dass sich die Stipendiaten später aktiv am politischen Leben ihres Heimatlandes beteiligen und als Multiplikatoren das in Berlin Gelernte weitergeben.

Im Büro von Herrn Jung erwarteten mich nicht nur nette und hilfsbereite Mitarbeiter, sondern auch vielfältige neue Erfahrungen und Einblicke in eine gänzlich neue Welt.

Da Herr Jung Experte für außenpolitische



Fragen, vor allem für die Balkan-Region ist, konnte ich mich oft mit Themen beschäftigen, die mich selbst als Bürgerin eines Balkan-Staates bewegen. Neben den Aufgaben im Abgeordnetenbüro hatte ich die Gelegenheit, Sitzungen des Bundestages sowie SPD-Arbeitsgruppen- und Ausschuss-Sitzungen zu besuchen. Auf diese Weise wurde mir ein einzigartiger Einblick in die praktische politische Arbeit und die dabei ablaufenden Diskussionen gewährt. Außerdem habe ich das Wahlkreisbüro in Karlsruhe besucht und hatte die Gelegenheit, Herrn Jung auf ein Treffen mit Journalisten zu begleiten und habe miterlebt, wie ein Wahlplakat zustande kommt.

Das Praktikum hat bei mir sein Ziel erreicht, mein auch bisher vorhandenes Interesse für Politik wurde verstärkt und ich fühle mich bereit, mich auch aktiv zu engagieren und meinen Beitrag zum immer noch nicht ganz abgeschlossenen Demokratisierungsprozess in Serbien zu leisten.

IPS-Bericht vom 15. Juli 2009

Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Jung

## Karlsruher Schülerin bei Jugendpressetagen in Berlin

Die 17-jährige Ekaterina Ilina von der Schülerzeitung Gazetta des Karlsruher Humboldt-Gymnasiums ist eine von elf Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteuren aus Baden-Württemberg, die vom 22. bis 24. April 2009 zu Gast bei den Jugendpressetagen der SPD-Bundestagsfraktion sind. Insgesamt 100 junge Redakteurinnen und -redakteure aus ganz Deutschland sind dafür in die Hauptstadt gereist.

Bereits zum achten Mal treffen Jung-Journalisten mit SPD-Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung in Berlin zusammen, um in Pressegesprächen und Diskussionsrunden ihre Wünsche und konkreten Erwartungen an die Politik zu formulieren - und natürlich auch, um kritische Fragen zu stellen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Peter Struck wird die jungen Leute am Mittwochnachmittag im Jakob-Kaiser-Haus persönlich begrüßen. Ein Höhepunkt des dreitägigen Besuches ist das Treffen mit Finanzminister Peer Steinbrück am Mittwochnachmittag. Hier bekommt der Pressenachwuchs Gelegenheit, den Finanzminister bei einer Pressekonferenz im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zu grundsätzlichen und aktuellen politischen Themen zu befragen.

Am zweiten Tag stehen Gespräche mit dem Pressesprecher des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie der Presseabteilung des SPD-Parteivorstandes auf dem Programm. Im Anschluss stellen sich Abgeordnete der SPD-Fraktion in mehreren

Diskussionsrunden den Fragen der Jugendlichen. Abends können die Nachwuchsjournalisten bei einem Abendessen in der Kulturbrauerei in lockerer und gemütlicher Runde mit Abgeordneten und Journalisten fachsimpeln. Am Freitag haben die Jungjournalistinnen und -journalisten Gelegenheit, eine Plenarsitzung mitzuerleben. Außerdem ist für diesen Tag eine Begegnung mit zwei Journalisten der politischen Hauptstadt-szene geplant, die den Jugendlichen Einblick in den politischen Journalismus vermitteln.

Johannes Jung unterstützt die Veranstaltung nachdrücklich: „Die Jugendpressetage sind eine gute Gelegenheit für junge Menschen, die Hauptstadtpolitik und deren Vermittlung in den Medien hautnah mitzuerleben. Sie bestärken junge Redakteurinnen und -redakteure in ihrem Engagement für ihre Schülerzeitungen und ermuntern sie, sich weiterhin mit politischen Themen auseinander zu setzen.“

*Pressemitteilung vom 23. April 2009*



*Ekaterina Ilina aus Karlsruhe und Johannes Jung, MdB, im Paul-Löbe-Haus in Berlin*

## Verbesserungen am Hauptbahnhof in Karlsruhe: drei zusätzliche Aufzüge für mehr Barrierefreiheit

In den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung sind 300 Millionen Euro Investitionen für Bahnhöfe vorgesehen. Das wurde von Deutsche Bahn AG und Bundesverkehrsminister bereits am Freitag bekannt gegeben. Insgesamt werden mehr als 1.700 Bahnhöfe in allen Bundesländern in den nächsten drei Jahren von den Konjunkturprogrammen profitieren.

Der Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Johannes Jung freut sich über die zusätzliche Finanzspritze, von der auch der Hauptbahnhof in Karlsruhe profitieren wird. Es sind für den Karlsruher Haupt-

bahnhof drei zusätzliche Aufzüge vorgesehen. Die Kosten werden nach ersten Grobschätzungen auf 1,8 bis 1,9 Millionen Euro taxiert. Damit wird Karlsruhe überproportional von den für den Südwesten zur Verfügung gestellten Mitteln von insgesamt rund 35 Millionen Euro profitieren.

Allein bei der Aufwertung der Bahnsteige und Verbesserungen der Barrierefreiheit werden in Baden-Württemberg insgesamt 41 Bahnhöfe aus Mitteln der beiden Konjunkturprogramme bedacht. Nach Angaben der DB Station & Service AG in Stuttgart soll jetzt unmittelbar mit den Planungen

begonnen werden, für die eine Vorlaufzeit von mehreren Monaten notwendig ist. 2010 ist der Baubeginn, die Fertigstellung 2011 geplant. „Damit werden künftig alle Bahnsteige in Karlsruhe barrierefrei erreichbar sein“, stellt der Bundestagsabgeordnete Johannes Jung zufrieden fest.

Jung hatte sich, zusammen mit dem SPD-Kollegen im Landtag, Johannes Stober, und dem Behindertenbeirat der Stadt Karlsruhe, in den vergangenen Jahren kontinuierlich für Verbesserungen im alten- und behindertengerechten Zugang eingesetzt.

*Pressemitteilung vom 28. April*



## PPPler Lukas Hügler berichtet von seinem Jahr in den USA

Karlsruher Schüler mit Parlamentarischem Patenschafts-Programm (PPP) in Eagle, Idaho

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) wurde 1983 zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen. Dabei stehen 360 Schülern und jungen Berufstätigen zwischen 15 und 17 Jahren bundesweit 360 Stipendien für einen einjährigen Aufenthalt in den USA zur Verfügung. Im Rahmen dieses Programms hat der Karlsruher Lukas Hügler das vergangene Schuljahr in Eagle, Idaho, verbracht. Der 17-jährige Schüler erzählt von zwei spannenden Ereignissen im Laufe dieses Jahres: als freiwilliger Helfer auf den Special Olympics und einer Bandreise nach Washington.

### Special Olympics in Idaho

Die Special Olympics waren für mich wirklich ein sehr, sehr besonderes Ereignis! In der Woche vom 7. Februar bis zum 13. Februar 2009 herrschte hier wirklich Ausnahmezustand. Alle lokalen Nachrichtensender berichteten rund um die Uhr über die Spiele und in der ganzen Gegend waren Poster von Athleten und dem Spielslogan „Be a fan!“ zu sehen. Manchmal brach sogar Beifall aus, wenn ich mit anderen freiwilligen Helfern in unseren hellblauen Jacken vorbeigelaufen bin und Leute dankten uns für unsere Hilfe.

Viel wichtiger war jedoch das Verhältnis mit den Athleten. Obwohl aus unterschiedlichsten Ländern und kaum vorhandenen Englischkenntnissen brachten sie ihre Freude, ihren Stolz und ihren Ehrgeiz auf unterschiedlichste Art zum Ausdruck. Mal mit einem einfachen Lächeln, mal mit einer stürmischen Umarmung oder auch mit einem Leuchten in den Augen und eifrigem Darauflosreden, auch wenn man eine andere Sprache sprach. Das Tolle an den Athleten war, dass sie einfach ganz offen ihre Gefühle zeigten! Sobald irgendwo Musik ertönte, begannen sie zu tanzen, auf dem Siegertreppchen ließen sie ihre Freude freien Lauf und zeigten jedem mit Stolz ihre gewonnenen Medallien. Gefördert wurde der Aus-

tausch zwischen freiwilligen Helfern und Athleten noch durch das Tauschen von Jacken, Mützen, Shirts und Ansteckern aus den Ländern der jeweiligen Länder-Teams.

Ich glaube, das Wichtigste, was ich von dieser Woche mitnehmen werde, ist diese unglaubliche Energie und Freude der Athleten. Das war richtig ansteckend und es hat einfach eine Menge Spaß gemacht, mit ihnen zusammen zu sein!

*Bericht von Lukas Hügler vom 1. März 2009*



Lukas Hügler vor seiner Highschool in Eagle, Idaho

### Bandreise nach Washington

Von Donnerstag, den 23. April, bis Samstag, den 25. April 2009, fuhr ich auf eine Bandreise zur Washington University, der University of Idaho, nach Eastern Washington und zum Hells Canyon.

Sobald wir an der Washington State University ankamen, hatten wir auch schon einen kleinen Auftritt für den „Director of Bands“ der Universität und ein paar seiner Abschlusschüler. Nach dem Mittagessen hatten wir eine Führung über den ganzen Campus. Auffällig ist hier, dass jede Universität so ziemlich jeden Studiengang anbietet,

die alle ein extra Gebäude haben. Ausserdem leben sehr viele der Studenten direkt auf dem Campus und sind Mitglieder in einer Studentenverbindung.

Früh am nächsten morgen fuhren wir zur University of Idaho, wo wir eine Probe mit mehreren Professoren hatten. Sie gaben uns unterschiedliche Verbesserungsvorschläge, die wir dann versuchten umzusetzen. Das war richtig interessant. Danach probten wir mit Studenten, die einmal Bandlehrer werden.

Am lehrreichsten war es, als die Professoren uns in einzelne Gruppen aufteilten. Der Posaunenprofessor nahm sich eine Menge Zeit für uns und half uns, unsere Intonation zu verbessern.

Am Samstagmorgen machten wir uns auf den Weg zu Hells Canyon, die Schlucht des Snake Rivers, die außerdem die tiefste Flussschlucht in Nordamerika ist. Dort ange-

kommen, nahmen wir an einer Bootsfahrt auf dem Fluß teil. Das war wirklich beeindruckend - die USA wie man sie sich vorstellt: scheinbar unberührte Landschaften, schneebedeckte Berggipfel, ein klarer Fluss, Bergpfade und sogar ein paar „lonely cowboys“ mit ihren Kühen und Pferden. Leider konnte ich keine Bilder von unserer Bootsfahrt schießen, denn auf unserem Weg zurück schaltete unser Bootsfahrer einen Gang hoch und wir wurden alle richtig nass.

*Bericht von Lukas Hügler vom 26. April 2009*